Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 20 | Halver, Dienstag, den 24. Januar | 1950

Nach einem Besuch bei Truman sprach Mc Cloy über grundsätzliche Fragen seiner Politik:

USA werden Sowjetherrschaft in Deutschland verhindern

Für demokratische Einheit Deutschlands — Einbau in westeuropäische Gemeinschaft
Deutsche Jugend soll berechtigte Hoffnungen haben — Möglichst freie Wirtschaft

dp. Washington, 24. Januar.

Der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland McCloy umriß am Montagabend in einer Ansprache über die großen amerikanischen Rundfunkplätze die Grundsätze der amerikanischen Deutschland-Politik. Er sagte in der Ansprache, die nach seinem Besuch bei Präsident Truman gehalten wurde:

„Es ist die Politik unserer Regierung, eine Vereinigung aller Besatzungszonen Deutschlands auf demokratischer und föderativer Grundlage anzustreben, und wir werden alle Anstrengungen der Bundesrepublik Deutschland in dieser Richtung unterstützen. Wir werden gleicherweise alles in unserer Macht stehende tun, um eine Einigung Deutschlands unter sowjetischer oder kommunistischer Herrschaft zu verhindern. Wir müssen weiterhin in den echten Sicherheitsfragen wach sein und kompromißlos bleiben."

Zu den wirtschaftlichen Fragen sagte Mc Cloy: „Wir müssen den Deutschen helfen, sobald wie möglich die kritischen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, ernsthafte Probleme, die von dem Anstieg der Produktionsziffern verschleiert werden. Es gilt die Errichtung einer freien Wirtschaft zu fördern, gleichzeitig aber auch Maßnahmen zu treffen, die Deutschland die Teilnahme an jedem internationalen Kartell verwehren.

Die europäische Politik der USA im Hinblick auf Deutschland kennzeichnet Mc Cloy mit den Worten: „Wir sollten alle Anstrengungen machen, Deutschland zu ermutigen, notfalls die ersten Schritte zu tun, um

eine wahre Partnerschaft Westeuropas herbeizuführen

und die anderen westeuropäischen Mächte dazu zu bringen, diesen Grundsatz für sich selbst und für Deutschland zu akzeptieren. Ich bin überzeugt davon, daß diese Auffassung westeuropäischer Einigkeit und Partnerschaft Wunsch und Wille des Durchschnittseuropäers sind und daß ihm diese nicht verweigert werden dürfen."

Jede Unterstützung demokratischer Freiheit

Auch zu innenpolitischen Fragen nahm McCloy Stellung und faßte die Grundsätze der amerikanischen Politik dahin zusammen: „Wir sollten Regierung und Volk in Deutschland weiterhin dazu veranlassen, liberale und fortschrittliche Maßnahmen in ganz Deutschland zu treffen, gleichgültig ob wir die Vollmacht haben, diese Maßnahmen zu diktieren oder nicht. Wir müssen jede Bemühung ermutigen und fördern, der deutschen Jugend berechtigte Hoffnungen in die Zukunft zu geben. Ich glaube, hier liegt unsere größte Aufgabe und Hoffnung. Wir Amerikaner sind besonders geeignet, die Deutschen auf ihrem Wege zur Demokratisierung zu unterstützen. Es ist meine Absicht und ebenso die meiner Mitarbeiter in Deutschland, unser ganzes Programm auf diesem Gebiet mit neuem Leben zu versehen. Wir alle werden unsere Macht und unsere Mittel — und diese sind groß — dafür verwenden, den Schulen und Universitäten, den Gewerkschaften und den Kirchen, der Presse und dem Rundfunk, mit einem Wort, all den Einrichtungen, die Bollwerke der Freiheit sind, zu helfen.

In einer Analyse der „guten und schlechten Zeiten" der deutschen Situation ging der Hohe Kommissar zunächst auf

die ihm negativ scheinenden Punkte

ein. Er sagte: „In Deutschland besteht ein Nationalismus. Es gibt einen nationalistischen Baum auf der äußersten Rechten, der heute aktiver ist als zuvor. Es gibt einen kommunistischen Baum auf der Linken, der das Spiel der Sowjets mitspielt. Es besteht eine anhaltende Tendenz beider, zusammenzuarbeiten In wichtigen, allerdings nicht den obersten Verwaltungsstellen sitzen Leute, die ähnliche Positionen schon unter dem Naziregime innehatten, aber ich glaube, die Zeit ist gekommen, den sogenannten kleinen Nazis die Möglichkeit zu geben, ihre Loyalität gegenüber dem neuen Deutschland zu beweisen und sie lieber daraufhin als auf Grund vergangener Schwächen zu beurteilen.

McCloy bemängelte weiterhin den Hang der Deutschen zum Althergebrachten, die sie Reformen gegenüber oft gleichgültig oder gar ablehnend sein ließen, ferner die vielfach in Erscheinung tretende politische und soziale Teilnahmslosigkeit. Allzu gerne seien sie bereit, die Verantwortung und Leitung anderen zu überlassen.

Den negativen Seiten aber stellte McCloy

die positiven Kräfte

gegenüber, die nach seiner Meinung stärker sein würden als die negativen. So bestehe in Westdeutschland eine freigewählte Regierung mit ihrem Parlament, die zwar, was nach den Hitlerjahren nicht verwunderlich sei, manches hinzuzulernen habe, aber doch ihren Weg in demokratischer Richtung gehe. Auch die Zusammensetzung des Bundestages gebe eine Gewähr für demokratische Gesinnung der Abgeordneten. Lobend erwähnte der Hohe Kommissar die wachsende Kraft der deutschen Presse, die zwar auch ihre Schwächen zeige aber sich doch als erfolgreiche Einrichtung zur Bekämpfung politischer Mißstände und zur Bildung der öffentlichen Meinung erwiesen habe.

Abschließend kam McCloy zu dem Urteil: „Trotz Apathie ziehen die Deutschen eine Regierung nach demokratischen Grundsätzen einer Diktatur nationalsozialistischen oder kommunistischen Typs vor. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen ist dem Militarismus und dem Kriege zutiefst abhold. Die Deutschen wünschen keine militärischen Abenteuer mehr. In Wirtschaftsdingen zeigen sie, daß sie eine liberalisierte Wirtschaft dem Plansystem vorziehen. Der Gedanke westeuropäischer Konsolidierung stellt für den Durchschnittsmenschen, besonders für die Jugend die beste Hoffnung für die Zukunft dar."

Adenauer soll kontrolliert werden ...

dmt. New York, 24. Januar.

Am Montag richtete die amerikanische Gesellschaft zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges ein Telegramm an Präsident Truman, in dem eine feste amerikanische Politik in der Saarfrage und eine Untersuchung der angeblichen Bestrebungen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zur Aufstellung einer neuen deutschen Armee gefordert werden. In dem Telegramm wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Hohe Kommissar Mc Cloy amerikanische Politik treibe und sich nicht zum Wortführer der Bestrebungen Adenauers mache.

UNO-Treuhänderschaft über die Saar?

Störversuche ändern nichts an der Bonner Verständigungsbereitschaft

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 23. Januar.

Der Bundesregierung ist in den letzten Tagen in der Saarfrage von ausländischer Seite immer wieder der Vorwurf nationalistischer Politik gemacht worden. Dieser Vorwurf kann wie von maßgebender Seite erklärt wurde, nur bei völliger Unkenntnis der wahren Zusammenhänge erhoben werden.

Die Bundesregierung — so betont man in Bonn — ist sich darüber im Klaren, daß die Verteidigung deutschen Bodens und deutschen Volkstums in den westlichen Demokratien mißverstanden wird, um so mehr, als von der Opposition gelegentlich in krasser Form die deutschen Rechte herausgestellt worden sind. Die Bundesregierung gibt sich keiner Illusion darüber hin, daß Deutschland Opfer bringen muß, um besonders das Vertrauen des französischen Volkes wiederzugewinnen.

Tatsache ist, auch die Bundesregierung bestreitet dies keineswegs, daß es dem saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann gelungen ist, durch die unzeitige Forcierung seines Standpunktes die deutsch-französische Annäherung zunächst zu erschweren. Auf der anderen Seite ist die Bundesregierung nicht gewillt, einen solchen Zustand als unabänderlich hinzunehmen. Wenn jetzt in Bonn der Plan erwogen wird, in Form einer freiwilligen Souveränitäts-Beschränkung den Vereinigten Nationen die Treuhänderschaft über das Saargebiet anzutragen, so liegt hierin lediglich der Versuch, die Westmächte von der Ehrlichkeit der deutschen Absichten zu überzeugen.

Der Plan als solcher ist, wie wir hören, noch keineswegs in Einzelheiten ausgearbeitet, wird aber von maßgebender Seite unterstützt. Wie sich die Fraktionen dazu stellen, ist noch nicht bekannt, doch wird betont, daß eine UNO-Treuhänderschaft ähnlich der Völkerbundverwaltung nach dem ersten Weltkrieg die einzige Möglichkeit sei, um zu einer Entgiftung der politischen Atmosphäre zu gelangen.

Die Frage ist, wie ein solcher Plan staatsrechtlich verwirklicht werden kann, zumal die Bundesrepublik z. Z. weder über die volle Souveränität verfügt, noch Mitglied der Vereinten Nationen ist.

Beachtlicher Stimmungsumschwung der USA

Keine kritiklose Unterstützung französischer Saarforderungen

dmt. Washington, 23. Januar

Die Besprechungen des amerikanischen Oberkommissars in Deutschland John McCloy, mit dem Präsidenten Truman im Laufe des Montags werden in Washington mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Es ist keine Frage, daß McCloy mit Truman vor allem über die Saarfrage gesprochen hat.

In diesem Zusammenhang hat sich in der amerikanischen Auffassung der Saarprobleme in der letzten Zeit ein bemerkenswerter Umschwung ergeben. Wie es scheint, setzt sich mehr und mehr die Auffassung durch, daß eine kritiklose Unterstützung des französischen Standpunktes in der Saarfrage sowie eine Abtrennung des Saargebietes von Deutschland einen schweren Fehler darstellen würde.

Es scheint, daß sich Außenminister Acheson einer wachsenden Opposition hochgestellter Persönlichkeiten in Washington gegenübersieht. Bekanntlich hatte der Außenminister kürzlich in einer Erklärung den französischen Standpunkt unterstützt und auch eine politische Autonomie der Saar befürwortet.

Natürlich hat dieser Stimmungswechsel nicht die ganze Breite der Oeffentlichkeit ergriffen. So betont die „Washington-Post", die USA würden an der Seite Frankreichs stehen, wenn es einmal zu einer endgültigen Entscheidung kommen würde. Es ist auch in Washington offensichtlich nicht ohne Eindruck geblieben, daß die Bereitwilligkeit der Bundesrepublik zum Beitritt zum Europarat in dem gleichen Maße schwächer geworden ist, wie der Druck in der Saarfrage zugenommen hat. So hat man die Andeutung aus Bonner politischen Kreisen, daß ein Beitritt zum Europarat nur durch einen Beschluß des Bundestages erreicht werden könne, in ihrer Tragweite wohl verstanden.

Sowjets hielten US-Urlauberzug an

Kontrollverschärfungen und Verzögerungen in Marienborn

dp. Helmstedt, 23. Januar.

In der Nacht zum Montag wurde der amerikanische Urlauberzug Berlin—Frankfurt a. Main von den Sowjets in Marienborn angehalten, weil angeblich die Papiere nicht in Ordnung waren. Die Sowjets verlangten, daß die Reisenden zur Kontrolle ihrer Papiere den Zug verlassen sollten. Als der Zugkommandant dieses ablehnte, durfte der Zug nicht weiterfahren. Der amerikanische Zugkommandant setzte sich über seinen Zugfunk mit der Eisenbahn-Transportabteilung in Helmstedt in Verbindung, die daraufhin zwei nach Berlin bestimmte amerikanische Züge aus Bremerhaven und Frankfurt a. Main zurückhielt.

Der in Marienborn angehaltene Berliner Urlauberzug wurde erst nach einigen Stunden freigegeben und traf am Montagmorgen um sechs Uhr in Helmstedt ein, worauf auch die nach Berlin bestimmten Züge ihre Fahrt fortsetzten.

Die Lastwagenkontrolle auf der Autobahn wird durch die Sowjets immer noch stark verzögert. Sie lassen seit Sonntag nur noch zwei bis drei Lastkraftwagen in der Stunde passieren. Am Montagmorgen wartete vor der Übergangsstelle bei Marienborn eine Schlange von etwa 150 Fahrzeugen auf die Abfertigung.

Mindestens zu beachten

In einem Rechenschaftsbericht über die wirtschaftlichen Erfolge des abgelaufenen Jahres erklärte der ostzonale Minister für Industrie, Fritz Selbmann, daß die Sowjetzone auf dem Wege zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung und der Annäherung zum Friedensstand von Produktion und Verbrauch beachtliche Fortschritte gemacht habe. Auf dem Gebiete der Ernährung sei im Vergleich zum Jahr 1946 der Verbrauch von Brot auf das 1½fache, von Nährmitteln auf das 2½fache, von Fleisch und Fisch auf das 1½fache, von Fett auf das Doppelte und von Zucker auf das 1½fache gestiegen. Zu gleicher Zeit habe sich die Versorgung mit gewerblichen Verbrauchsgütern gehoben. Verglichen mit dem Jahr 1947 sei die Versorgung mit Geweben von 20 Millionen auf 36 Millionen Meter oder um 80 v. H. gestiegen; die Strumpfversorgung habe einen Anstieg von 120 v. H. zu verzeichnen und belaufe sich heute auf 32 Millionen Paar gegenüber 14 Millionen Paar 1947. Schuhwerk sei von 8 Millionen Paar 1947 auf 11,5 Millionen Paar 1949, also um 45 v. H. gestiegen. Die Versorgung mit Obertrikotagen habe im abgelaufenen Jahr um 246 v. H. höher als 1947 gelegen.

Verglichen mit dem ersten Halbjahr 1948, so berichtete Selbmann, sei in den ersten drei Quartalen 1949 die Erzeugung von Rohstahl um 190 v. H. gestiegen, von Walzwerkerzeugnissen um 119 v. H., von Kraftfahrzeugdecken um 160 v. H. Der Produktionsanstieg bei der gesamten Metallurgie, dem Maschinenbau und der Leichtindustrie habe sich bei nur geringfügiger Erhöhung der Beschäftigungszahlen und der Selbstkosten durchführen lassen. Selbmann wies besonders darauf hin, daß die neu errichteten Traktorenwerke in Zwickau, Nordhausen und Brandenburg im abgelaufenen Jahr zum ersten Male 800 Traktoren an die Landwirtschaft ausliefern konnten. Für 1950 sagte der Minister einen Anstieg der Produktion von Roheisen um 83 v. H., Rohstahl um 300 v. H., Walzstahl um 270 v. H., Schwefelsäure um 90 v. H., Phosphordünger um 100 v. H., Zellwolle um 115 v. H. und Kraftfahrzeuge um 250 v. H. voraus.

Selbmanns Zahlen sind schwer nachprüfbar. Sogar aus den Reihen der eigenen Genossen ist ihm manchmal vorgeworfen worden, sie entsprächen nicht immer den Tatsachen. Dennoch wird auch von anderer, nicht SED-höriger Seite bestätigt, daß in der Wirtschaft der Sowjetzone Fortschritte gemacht werden — ohne Marshallplanhilfe. Es kann nicht schaden, wenn man sich das bei uns im Westen von Zeit zu Zeit vergegenwärtigt.

re.

„Die Saarländer sind Deutsche durch und durch!"

dmt. Zürich, 23. Januar.

„Die Saarländer sind eben nicht, wie Clemenceau wider besseres Wissen behauptet hatte, ein deutsch-französisches Mischvolk, sondern sie sind Deutsche durch und durch. Deshalb glauben wir auch nicht, daß das Saarvolk die politische und wirtschaftliche Grenze, die eine Minderheit gegen das Stammland ziehen will, in seinem Herzen anerkennt. Wenn es sich auch vor der Hand nicht offen gegen die Separatisten auflehnt aus Gründen, die jeder errät und verstehen kann." So schreibt die Berner Zeitung „Bund" in ihrem Leitartikel zu dem Problem des Saarlandes. Es sei unwahrscheinlich, meint das Blatt, daß die von der Saarregierung vertretene Autonomie-Politik wirklich von der Mehrheit des Saarvolks gebilligt werde.

Jugoslawien baut neuen Handelshafen. Die jugoslawische Regierung will nördlich des Adria-Hafens Split (Spalato) eineen neuen Handelhafen bauen, in den auch die größten Ueberseedampfer einlaufen können. Der Hafen von Split soll später nur noch dem Passagierverkehr dienen.

Die Seite der Heimat

Halver, 24. Januar 1950

Abschied

Es gibt aus der Zeit um die Jahrhundertwende die reizende Geschichte von dem jungen Pärchen, das wohl Gelegenheit genug fand, sich zu sehen, aber keine, sich zu küssen. Und da der Kuß doch zu den süßesten Dingen der Liebe gehört, verfiel man auf den Ausweg, sich eine Bahnsteigkarte zu lösen und vor den abfahrenden Zügen den liebevollsten und schmerzensreichsten Abschied voneinander zu nehmen. Denn hier — das wußten die Zärtlichen ganz genau — achtete niemand auf den anderen, hier hatte jeder mit sich selber zu tun.

Nun, in der Zwischenzeit sind die jungen Leute alt geworden, und die heute jung sind, finden andere Gelegenheiten, den Obliegenheiten der Liebe nachzukommen. Geblieben ist der Abschied, hinter dem sich die Erfindungsreichen tarnten, jener Abschied, der die Menschen noch immer umschließt, wie ein letztes, gemeinsames Band, bevor die Wege auseinanderführen — oft genug in die Unendlichkeit.

Ach, es wird ja nicht auf dem Bahnhof allein Abschied genommen, und es gibt schmerzlichere Abschiede als die vor dem harrenden Abteil. Hier steht doch mindestens die Möglichkeit eines Wiedersehens hinter dem Abschied; aber es gibt Augenblicke in jedem Menschenleben, die ganz erfüllt sind von dem Schmerze des Niemalswieder".

Wer es gern hat, sein Leben bewußt zu leben, der weiß, daß wir immer zwischen Begrüßung und Abschied pendeln, und es ist gut, daß wir das „Niemalswieder" nur in besonderen Augenblicken bewußt erleben. Wo aber ein solcher durchstanden werden muß, da umhüllt uns dies Wissen mit einer Zartheit des Schmerzes, in der noch einmal alle Gemeinschaft auftönt, deren wir fähig sind. Wir ahnen dann etwas von der Bedeutung des Augenblickes, der die Zeit überwindet. Und so werden solche Minuten des Abschiedes oft zu den wahren Höhepunkten unseres Daseins, weil in ihnen alles von uns abgleitet, was unwahr und falsch ist und sich eine Gemeinschaft offenbart, frei von allen Schlacken der Zeit.

Halver

Am 31. Januar kommt das Westf. Landestheater nach Halver

Ueberall hängen und kleben schon die grünen Plakate, die uns Halveraner verkünden, daß am 31. Januar das Westfälische Landestheater bei uns mit Hermann Bahrs „Konzert" gastieren wird. Wohlgemerkt, dieses Konzert ist kein Konzert, wenigstens nicht eines, in dem mit Pauken und Trompeten musiziert oder mit sonoren Männerstimmen gesungen wird. Die Mühle im Schwarzwald oder so. Nein, in diesem Konzert, das ein ganz entzückendes Lustspiel ist, in dem es um Ehe, Liebe und etwas ulkigen Musikantenehrgeiz geht, erleben wir ein echt dichterisches Schmunzelstück, wie es nur ein alter, langbärtiger Oesterreicher schreiben konnte. Hermann Bahr, der sich jahrzehntelang und bis zu seinem Tode im Jahre 1934 noch als Kritiker im Neuen Wiener Journal betätigte, sagte einmal zu diesem — seinem zweifellos erfolgreichsten — Stück: „Schauns, da hab i mein Leben lang in Romanen und andern Sachen gottweißwietief philosophiert, definiert, problematisiert, habe mir a Mordsmühen gegeben, den Unterschied von ratio mystica und unio mystica klar zu bekommen, und nun ist alles vergessen: die Leut, sie rennen wie wild in meine Faxen von „Konzert"! Wissens was? Lachen wollen die Leut! Partout und nix als lachen, weil dös die oanzige Philosophie is, die wo man Fruchtbares bewürkt . . .!"

Auch wir Halveraner wollen am 31. Januar (Näheres steht auf den grünen Plakaten) einmal herzlich und tief lachen. Wollen vor allen Dingen auch den Künstlern vom Westfälischen Landestheater beweisen, daß es bei uns auch für die Kunst des Humors eine große, andächtige Gemeinde gibt. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Halverschen Kulturkreis-Arbeit statt, die ganze Bevölkerung ist eingeladen; und da das behördlich sehr geförderte Westf. Landestheater nicht eben häufig zu uns kommen kann, wäre es gut, dem seltenen Gastspiel jeden nur denkbaren Zuspruch zuteil werden zu lassen. —t.

Filme der Woche

Wir weisen darauf hin, daß die von den Lichtspielen Karlshöhe angekündigte große Sonderveranstaltung mit dem hochdramatischen Film über das stürmisch bewegte Leben des berühmten ungarischen Dichters: Tragödie einer großen Liebe nicht am Dienstag, sondern wie bisher immer, am Mittwoch und Donnerstag stattfindet. — Auf die jedesmal um 17 Uhr stattfindende Familienvorstellung wird nochmals aufmerksam gemacht.

Ein Rompilger sprach in Halver

Der katholische Männerverein Halver hatte zu seiner letzten Monatsversammlung am Sonntag, Pfarrer Schmitz aus Lüdenscheid, den Männerseelsorger des Dekanates, eingeladen, der über seine persönlichen Erlebnisse bei der Eröffnung des Heiligen Jahres in Rom berichtete. Der Abend war gut besucht. Der Vorsitzende, Dr. Maletz begrüßte den Gast, der in mehr als einstündigem Bericht viel Interessantes zu erzählen wußte von den großen Tagen in Rom am hl. Weihnachtsfest. Neben den äußeren Eindrücken und Erlebnissen, die eine Fahrt nach Rom nach all den Jahren, in denen es uns Deutschen versagt war, in andere Länder zu reisen, dem Pilger bieten, war es vorab das Erlebnis wirklicher brüderlicher Gemeinschaft, die alle Teilnehmer des Pilgerzuges beherrschte. Es waren alle Stände dabei vertreten, vom Bischof bis zum Arbeiter, Manner und Frauen; und alle erfüffte das Bewußtsein des gemeinsamen Wollens und des gleichen Glaubens. Alle waren wirklich ein Herz und eine Seele.

Dieses Erlebnis auf der Fahrt wurde noch erweitert, als sie dann in Rom, dem Mittelpunkt der Christenheit, die große Einheit der Bruderschaft der Menschen in Christus spürten über alle Gegensätze von Rassen und Völkern hinweg. Die Pilger waren gut aufgenommen worden im Generaliat der Pallotiner am Tiber, das an dem Tage des Vortrags seinen großen Tag hatte durch die Seligsprechung des Gründers, des Priesters Vinzenz Palotti in St. Peter durch den hl. Vater. Auch überall auf Straßen und Gaststätten war die Haltung den Deutschen gegenüber freundlich und zuvorkommend. So sehr die Temperamente der einzelnen Völker die Art bestimmten, wie sie sich in St. Peter zusammenfanden, die Deutschen waren überall mit gleicher Herzlichkeit aufgenommen. Bei dem feierlichen Einzug des Papstes ging der Sturm der Begeisterung, das Händeklatschen, das Eviva-Rufen durch die weiten Hallen von St. Peter. Als der Papst dann zu der deutschen Gruppe kam, erwiderte er den Gruß der Deutschen in deutscher Sprache, ließ die Sedia gestatoria anhalten und beugte sich segnend ganz tief zu den Deutschen herab. Es ist in Rom bekannt, wir stark die Sympathie des Papstes gerade für die Deutschen ist und es war der ausdrückliche Wille des Papstes, daß bei der feierlichen Mitternachtsmesse in der hl. Nacht, die Deutschen zu Beginn das „Stille Nacht, heilige Nacht" sangen als ein Zeichen des Friedens und der Gleichberechtigung aller Völker Auch bei Gewinnung des Pilgerablasses drangen die Deutschen durch ihr kräftiges Singen durch. Ein in der Nähe stehender französischer Priester fiel auf, wie er das deutsche Marienlied „Maria zu lieben" mit ganzem Herzen mitsang.

Hervorzuheben ist noch die deutsche Gefallenenehrung auf dem großen Friedhof in der Campagna am Tyrrhenischen Meer, auf dem viele tausende deutscher Soldaten ruhen, bei der die Pilger einen Gruß der Heimat brachten den Soldaten, die in fremder Erde ruhen, und der Vorsitzende der deutschen Kriegsgräberfürsorge, ein evangelischer Christ, sehr christliche Worte fand. — Das Erlebnis der Rompilgerfahrt ist aber auch für alle, die nicht mitkönnen, eine starker Aufruf, in der eigenen Gemeinde sich mit aller Kraft einzusetzen für die Ausbreitung des Gottesreiches für die Vertiefung des christlichen Lebens in Familie und Oeffentlichkeit, und die Durchdringung der Welt mit christlichem Brudergeiste Die Zuhörer dankten dem Vortragenden sehr erfreut.

Rückblick auf das Jahr 1949

Jahreshauptversammlungen der Industrie-Gewerkschaft Metall, des Volksbühnenvereins 1899, der Reisebrieftauben-Vereinigung „Heimkehr" Halver und der Schalksmühler Kriegsbeschädigten

Die Industrie-Gewerkschaft „Metall" Halver

hielt im Hotel zur Post ihre Jahreshauptversammlung ab. Den erschienenen Kolleginnen und Kollegen entbot der 1. Vorsitzende Otto Ziebach den Willkommengruß und übernahm sodann die Leitung der Versammlung. In erschöpfender Weise gab Geschäftsführer Otto Brand-Lüdenscheid den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres. Kassierer Julius Müller-Lüdenscheid erstattete den Kassenbericht. Aus dem gegebenen Bericht war zu entnehmen, daß an Weihnachtsgeldern 12 500 DM an alte Kollegen gezahlt worden sind. 7650 DM Sterbegeld für Mitglieder sind an die Hinterbliebenen und 455 DM für verstorbene Ehefrauen der Mitglieder gezahlt. In den Vorstand wurden gewählt: Otto Ziebach als erster Vorsitzender, Heinrich Hilbich zweiter Vorsitzender; Eugen Brüninghaus, Kassierer, Heinrich Kettler, erster Schriftführer, Otto Bergmann zweiter Schriftführer, Beisitzer sind Paul Haase, Hugo Groll und Karl Langemann. Angeregt wurde, die Jugend zu fördern und eine Versammlung werktätiger Frauen abzuhalten.

Reisebrieftauben-Vereinigung „Heimkehr" Halver

Die Generalversammlung der Reisebrieftauben-Vereinigung „Heimkehr" Halver fand im Vereinslokal am Schmalspurbahnhof statt. Die Tagung wurde durch den ersten Vorsitzenden Heinrich Klein eröffnet und geleitet. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß die Mitglieder bei den Wettflügen der Jungtauben gute Erfolge erzielt haben. Kassierer Wilhelm Fernholz erstattete den Kassenbericht. Nach Prüfung und Richtigbefund wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Für fünfundzwanzigjährige Verbandszugehörigeit erhielt die Vereinigung eine Ehrenurkunde. Austausch von Erfahrungen auf züchterischem Gebiet bildeten den Beschluß der Versammlung.

Jahreshauptversammlung des Volksbühnenvereins 1899

Am letzten Samstag fand im Vereinslokal die übliche Jahresversammlung des Volksbühnenvereins Halver statt, die durch den 2. Vorsitzenden Emil Jastorff eröffnet und geleitet wurde, da der 1. Vorsitzende Paul Syberg durch Krankheit verhindert war. Der Geschäftsbericht ergab einige interessante Einzelheiten, stand doch das Jahr 1949 im Zeichen der 50jährigen Jubelfeier des Vereins. Groß war die Arbeit, die geleistet werden mußte, aber auch die Erfolge traten ein, denn sämtliche Veranstaltungen des Volksbühnenvereins fanden lebhafte Anteilnahme bei der Halverschen Bevölkerung. Der Vorsitzende dankte allen Mitgliedern für die Arbeit, die im vergangenen Jahr geleistet wurde. Der Kassenbericht, der von dem Kassierer Ernst Wallbrecher gegeben wurde, zeigte ein erfreuliches Bild. Nach eingehender Prüfung wurde dem Kassierer mit Worten des Dankes Entlastung erteilt.

Die nun folgende Vorstandswahl ergab nachstehendes Bild: 1. Vorsitzender Emil Jastorff, 2. Vorsitzender Eugen Brüninghaus, Geschäftsführer Walter Wenzel, Protokollführer Friedhelm Neuhaus, 1. Kassierer Ernst Wallbrecher, 2. Kasiserer Rudi Stiffel, 1. Spielleiter Paul Syberg, 2. Spielleiter Heinz Vahlefeld, 1. Bühnenmeister Reinh. Mönch, 2. Bühnenmeister Siegfried Bentlage, Requisitenwart Max Wallbrecher.

Nach Erledigung verschiedener interner Fragen konnte der Vorsitzende Emil Jastorff mit Worten des Dankes an alle Anwesenden die Versammlung schließen. Möge der Geist, der über dem Abend stand, auch mit ins neue Geschäftsjahr hinüber genommen werden, dann wird auch das Jahr 1950 zum Wohle des Vereins und zur Pflege des Volksbühnengedankens würdig in die Vereinsgeschichte eingehen.

Eine gemütliche Zusammenkunft schloß sich der Generalversammlung an.

Jahreshauptversammlung der Schalksmühler Kriegsbeschädigten

Der Verband der Kriegs- und Zivilbeschädigten —, Sozialrentner und Hinterbliebenen hielt in Schalksmühle eine sehr gut besuchte Jahreshauptversammlung unter der Leitung des Vorsitzenden Werner Pollmann ab. Aus seinem Jahresbericht ging die überaus reichhaltige Arbeit hervor. 1949 fanden 7 Mitgliederversammlungen, 8 Vorstandssitzungen und allmonatlich eine Beratungsstunde statt. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 230 auf 257. Zum letzten Weihnachtsfest gingen erhebliche Spenden ein, womit die Möglichkeit einer Weihnachtsfeier für die Kleinen gegeben worden sei. Er dankte allen Helfern, insbesondere aber dem Kameraden Krimmel für die aufgebrachte Mühe und Arbeit und das Zustandekommen dieser Feier. Kamerad Opalka erstattete als Kassenprüfer seinen Bericht und konnte melden, daß alles in bester Ordnung sich befunden habe. Die übliche Entlastung folgte. Als einer der ältesten Funktionäre der hiesigen Kriegsopferbewegung gab Kamerad Karl Kleinschmidt einen umfangreichen Rückblick. Er wies hier immer wieder darauf hin, daß eine straffe Organisation der beste Helfer für die Interessen der Kriegsopfer ist. Seine Mahnung klang aus mit den Worten: „Mühst Du allein Dich ab mit einer schweren Last, geht es nicht vorwärts, kommst nicht zum Ziel, doch ganz anders ist es, wenn Du Helfer hast, denn mit vereinten Kräften schafft man viel". Hiernach wurde eine ganze Reihe organisatorischer Eingänge zur Kenntnis gebracht. Die Neuwahl des Vorstandes wurde von Kamerad Berthold Hielscher geleitet, woraus sich folgendes Bild ergab: Werner Pollmann 1. Vorsitzender, Egon Krimmel 2. Vorsitzender, Willi Krause 1. Kassierer und Th. Tump 2. Kassierer, Frau Ellermann 1. Schriftführer, Frau Petruschke 2. Schriftführer. Sozialbetreuer: Karl Kleinschmidt, Beisitzer, Fritz Kortmann, Karl vom Hofe, Eugen Mötter und Eugen Hildebrandt, Hinterbliebenenbetreuer: Helene Rummenohl und Sophie Giersiepen. Als Kassenprüfer werden die Kameraden Hielscher und Scholz fungieren, während die Unterkassierer für ein weiteres Jahr verpflichtet wurden. Eine Ausnahme wurde hier vorgenommen. Die nächsten Orthopädischen Sprechstunden finden am 1. und 15. Februar in Hagen in der Gaststätte „Zur Kanne", Elberfelderstraße statt. Vorsitzender Pollmann dankte abschließend im Namen des Vorstandes für das entgegengebrachte Vertrauen und teilte mit, daß zwischen den führenden Personen des Reichsbundes und des Verbandes Einigungsbestrebungen im Gange seien, die bisher meist an personellen Interessen gescheitert seien.

Rönsahl

Zusammenkunft der Frauenhilfe

Am Donnerstag dieser Woche findet nachmittags um 3 Uhr die übliche Zusammenkunft der evangelischen Frauenhilfe im Pfarrhaus statt, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Aus der Umgebung

Radfahrer fuhr kopfüber in den Bach

Rummenohl. Ein zwölfjähriger Junge fuhr auf seinem Rad, an dem offenbar die Bremsen nicht in Ordnung waren, die steile Salmuthstraße hinunter und prallte mit voller Wucht gegen den Eisenzaun am Transformatorenhaus Mark. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Junge kopfüber in den Sterbecker Bach geschleudert wurde und schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen erlitt.

Vorstandswahl bei den Kaninchenzüchtern

Breckerfeld. Bei seiner Jahreshauptversammlung wählte der Kaninchenzuchtverein Breckerfeld folgenden Vorstand: Paul Wölm, W. Höller und Ernst Hohnholt. Künftig will der Verein an jedem Sonntag im Monat tagen.

Wieder „volkstümliche" Gewinne

Im Westdeutschen Fußballtoto blieb auch diesmal der große Treffer aus. 108 Gewinner im I. Rang können immerhin noch DM 3205.— einheimsen. DM 160.— erhalten 2159 Gewinner im II. und DM 16.— 21 389 Gewinner im III. Rang.

Der Württembergisch-Badische Fußballtoto zahlte dagegen wieder große Summen aus. Zwei Gewinner erhalten je DM 101 648.—.

Sie hören im NWDR:

Mittwoch, 25. Januar. 5.00 Die erste Stunde 5.45 Nachrichten - 6.45 Nachrichten - 7.00 Morgenandacht - 7.10 Lernt Englisch - 7.20 Frisch gesungen - 7.45 Nachrichten - 8.05 Kleine Melodie - 8.45 Nachrichten - 9.00 Schulfunk - 10.30 Musik am Vormittag - 11.30 Komponisten und Künstler unserer Heimat - 12.00 Musik zur Mittagspause - 12.30 Landfunk - 12.45 Nachrichten 13.20 Orchesterkonzert - 14.00 Schulfunk - 15.30 Börsen und Märkte - 15.40 Nachmittagskonzert 16.00 Unterhaltungsmusik - 16.15 Film, kritisch betrachtet - 16.45 Nachrichten - 16.50 Violinmusik 17.15 Lieder von Johannes Brahms - 17.30 Kulturspiegel - 18.00 Wirtschaftsnachrichten - 18.05 Musik zum Feierabend - 18.30 Musikalische Kurzweil - 19.00 Zeitgeschehen - 19.45 Nachrichten 20.00 Wir bitten zum Tanz - 20.45 Stimme aus dem Publikum - 21.15 Herr Sanders öffnet seinen Schallplattenschrank - 21.45 Nachrichten - 22.15 Politisches Forum - 23.00 Unterhaltungsmusik 23.15 Johann Sebastian Bach - 0.00 Nachrichten.

Wetterbericht

Es bleibt kalt

Das Hoch über Osteuropa hat sich wieder gekräftigt. Auf seiner Südseite hält die Zufuhr kalter Festlandluft noch an. Vorhersage: Heiter bis wolkig, zeitweise geringe Niederschläge, Tagestemperaturen zwischen null und minus 5 Grad, nachts minus 5 bis minus 10 Gard. Mäßige Winde um Ost.

Blaue Heftchen entlasten schwache Börsen

Hausfrauen müssen schon anschreiben lassen, jedoch die Kunden müssen zuverlässig sein

Es ist der blassen Frau sichtlich peinlich. Verlegen zieht sie ein blaues Heftchen aus der Tasche und legt es auf die Theke. Die Lebensmittelhändlerin notiert darin, nimmt die gleiche Eintragung in einem eigenen Buch mit alphabetischem Register vor. Danach greift die junge Frau nach den Waren und packt sie ein.

Dies sahen wir vor ein paar Tagen in einem Halverschen Lebensmittelgeschäft. Der gleiche Vorgang vollzieht sich tagtäglich in vielen anderen Läden, ganz gleich ob beim Lebensmittelhändler, beim Bäcker oder beim Metzger. Das „Schuldenbuch", das in den letzten Jahren gänzlich verschwunden war, hat sich wieder in den Handel eingeschlichen und behauptet seine Existenz. Es ist an die Stelle der zahlungskräftigen Geldbörse getreten. Wenn das Einkommen der Familie nicht ausreicht oder wenn größere Ausgaben zu machen waren, kaufen viele Hausfrauen auf diese Art und Weise.

Was sagt der Geschäftsmann dazu?

„Wir bewilligen diese Erleichterung natürlich nur alten und uns gut bekannten Kunden, deren Zuverlässigkeit wahrscheinlich ist. Dem Schuldenkonto sei eine gewisse Grenze gesetzt, die nicht überschritten werden soll. Es kommt sehr selten vor, daß die Schuldnerinnen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Im Notfall muß eben das Gericht einspringen."

Und wie stellt sich die Hausfrau zu dieser Methode?

„Was soll man machen, wenn das Geld für den nackten Lebensunterhalt nicht ausreicht", klagt eine Hausfrau, die das blaue Buch zur Hilfe genommen hat. „Die Methode mit dem Anschreiben hat es immer schon gegeben, sie bewährt sich auch jetzt wieder." Sie bezahlt an jedem Lohntag einen gewisen Betrag ab. Dabei steigt die verbleibende Restschuld von Mal zu Mal etwas an. Aber die Frau ist zuversichtlich. Sie glaubt, daß sie eines Tages schon irgendwie über den Berg kommt.

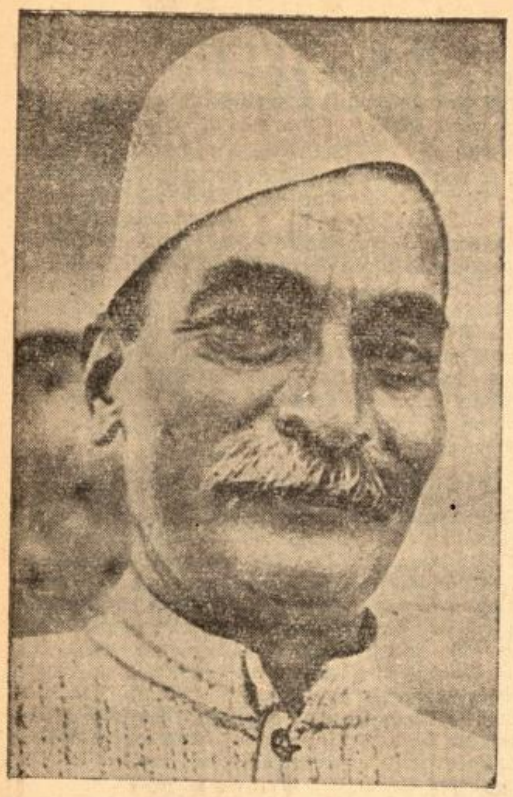
Die alte Frau in ihrer Begleitung ist weniger optimistisch. „Ich mache das mit dem Anschreiben erst seit Weihnachten. Da mußte man so viel kaufen, daß für Lebensmittel kaum noch Geld übrig blieb. Zur Regel soll das aber bei mir nicht werden. Ich bin erst wieder richtig froh, wenn ich die Schulden aus der Welt geschafft habe."

Eine dritte junge Frau, die ebenfalls mit im Geschäft war, steht wieder auf einem anderen Standpunkt. „Und wenn es uns auch mal schlecht geht, nein, Lebensmittel borge ich nicht. Solange mein Mann Arbeit hat, reicht unser Geld schon, wir schränken uns eben entsprechend ein. Mit Schulden kommt man auf keinen grünen Zweig."

Bei den Genußmitteln wird es kritisch

Das Anschreibebuch ist mancher Familie eine willkommene Hilfsmaßnahme, die auch nicht zu verurteilen ist. Es ist eben und soll vor allen Dingen eine Hilfe für den Augenblick sein. Die Schulden bleiben zwar etwas länger, aber wenn die Hausfrau versteht, sich ihr Geld entsprechend einzuteilen, dann ist diese Uebergangslösung sogar wünschenswert. Wenn aber auch die Ausgaben für Genußmittel in das kleine Buch wandern, fängt die Sache an kritisch zu werden. Dabei taucht die Frage auf, wer lebt heute entsprechend seinen Verhältnissen. Die Kriegs- und Nachkriegsjahre lasten noch auf einem jeden von uns. Heute, wo wir wieder ohne Marken kaufen können, was das Herz begehrt, da möchten wohl die meisten wieder etwas besser leben. Und trotzdem muß sich jeder mit seinem Verdienst einrichten, so weit es eben möglich ist. Das kleine blaue Buch sollte wirklich nur eine Not- oder Zwischenlösung sein, Genußmittel, wie Bohnenkaffee, Zigaretten und Süßigkeiten, auch wenn es nur kleine Mengen oder Beträge sind, gehören nicht hinein, wir dürfen eben nicht über unsere Verhältnisse leben, denn wer kennt unsere Zukunft.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Hauptschriftleitung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell. Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort Halver i. W.



Dr. Rajendra Prasad,
der Präsident der indischen verfassunggebenden Versammlung, wird wahrscheinlich der erste Staatspräsident Indiens werden. Die Wahlen finden am 24. Januar statt. Dr. Prasad, der 65 Jahre alt ist, war früher Rechtsanwalt. DND

Redaktionen als Traumfabriken

Die „Eindämmung des Kommunismus" bildet bekanntlich seit einigen Jahren das Kernstück der amerikanischen Außenpolitik. Der gewaltige Dammbruch, der nun in China vor sich gegangen ist, hat in der Oeffentlichkeit der Vereinigten Staaten eine Panik ausgelöst, die umso größer ist, als man auf alles andere als den Sieg Mao-Tse-Tungs vorbereitet war. Ueberzeugte Isolationisten werden über Nacht, wie die „New York Times" schreiben, zu „rotglühenden Interventionisten", die wütend eine militärische Aktion der USA auf Formosa fordern. Woher die Plötzlichkeit dieser Erregung? Haben die Amerikaner nicht die größte und freieste Presse der Welt? Und hat diese Presse nicht genügend fähige Korrespondenten auf den Fernost-Schauplatz entsandt, die die amerikanische Oeffentlichkeit rechtzeitig und wahrheitsgemäß über die sozialen und nationalen Hintergründe der chinesischen Revolution und über die militärischen Erfolge Maos hätte aufklären können?

Die Antwort auf diese gewichtige Frage ist jetzt einer breiteren Weltöffentlichkeit in beinahe sensationeller Form vor Augen geführt worden. Der Washingtoner Korrespondent der Schweizer Zeitung „Die Tat", Robert Jungk, ein hervorragender Journalist von unzweifelhaftem Weltruf, hat seinem Zürcher Blatt einen Bericht zukommen lassen, in dem er mit schonungsloser Offenheit die jahrelange wissentlich falsche Berichterstattung der amerikanischen Großpresse-Konzerne über die wirklichen Vorgänge im Fernen Osten anprangert. Als rühmliche Ausnahme hebt er zunächst Blätter wie die „New York Times", die „New York Herald Tribune" und den „Christian Science Monitor" hervor, die jedoch nur etwa 5 v. H. des amerikanischen Leserpublikums erreichten. Die breite Masse aber in den Vereinigten Staaten habe sich in ihrer politischen Meinungsbildung von den in Millionenauflagen erscheinenden Magazinen, von den gigantischen Zeitungskonzernen mit ihren unzähligen Lokalausgaben, von den Nachrichten- und Artikelagenturen sowie vom Radio abhängig gemacht. Und gerade diese seien es, denen nicht an einer seriösen und wahrheitsgemäßen Berichterstattung gelegen sei, sondern die nur solche Nachrichten „durchließen", die in das ganz persönliche Wunschbild ihrer jeweiligen wenigen Besitzer paßten. Die Beispiele, die Jungk im einzelnen dafür beibringt, sind geradezu eklatant:

Das Wochen-Magazin Colliers hatte den Verfasser des Buches „China erschüttert die Welt", Jack Belden, nach dem Fernen Osten entsandt. Belden, selbst alles andere als ein Kommunist, vertrat den Standpunkt, daß man einem heraufziehenden Unwetter, seinen Ursachen, seiner Heftigkeit und seinen Folgen nicht dadurch begegnen könne, daß man sein Herannahen einfach verschweige. Seine Berichte wurden von der Redaktion als „außerordentlich" bezeichnet. Aber sie wurden nicht veröffentlicht, „einfach weil die ganze Geschichte dem Publikum nicht passen würde". Genau so erging es Edgar Snow, von der „Saturday Evening Post", einem der besten Kenner des chinesischen Kommunismus, der zwar königlich bezahlt, aber nicht abgedruckt wurde. Die bekannten Magazine „Time" und „Life" haben eine ganze Anzahl hervorragender Kenner der Materie im Fernen Osten, aber deren Berichte wurden entweder überhaupt nicht gebracht oder völlig entstellt, da der Besitzer, Henry Luce, selbst Sohn eines China-Missionars, einseitig für die Nationalisten eingenommen war und keinerlei wahrheitsgemäße Berichte dulden wollte, die die Erfolge Mao-Tse-Tungs und vor allem deren tiefere Ursachen behandelten. Der Time-Korrespondent Theodore White hängte darauf ein Schild in sein Büro: „Sollte zwischen dem, was hier geschrieben wird, und dem, was in „Time" erscheint, auch nur die geringste Aehnlichkeit bestehen, so beruht das auf purem Zufall". Nach Ansicht des „Tat"-Korrespondenten ist die Folge dieser Art von Berichterstattung ein völlig falsches Weltbild, das sich die amerikanische Oeffentlichkeit macht, ein Bild, „das sich zur Wahrheit verhält wie ein Hollywood-Film zum wirklichen Leben. Auch die amerikanischen Redaktionen sind zu Traum-Fabriken geworden".

Noch vor einigen Jahrzehnten hätte man in Deutschland die hier aufgedeckten Vorgänge mit einem amüsanten Lächeln zur Kenntnis nehmen können. Heute ist das nicht mehr möglich, weil sie uns aufs engste berühren. Die „öffentliche Meinung" ist in den Vereinigten Staaten eine Macht, die nicht unterschätzt werden darf und die sich gerade in den nächsten Wochen im Kongreß stärker bemerkbar machen wird als es selbst dem State Department lieb sein kann. Es führt ein ziemlich gerader Weg von der falsch unterrichteten öffentlichen Meinung über den Druck der um ihre Wählerschaft besorgten Kongreß-Abgeordneten auf die Außenpolitik bis zu den Konzessionen, die die Regierung möglicherweise wider besseres Wissen außenpolitisch diesen Abgeordneten gegenüber zu machen gezwungen ist, um sich vielleicht innenpolitisch ihre Unterstützung zu sichern. Die Folgen aber solcher Konzessionen können auch Europa nicht gleichgültig sein, denn mit vollem Recht hat Präsident Truman in seiner Kongreßbotschaft den Satz ausgesprochen: „Selbst die geringsten Veränderungen in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben haben ihre Wirkung auf andere Länder in der ganzen Welt". Um wieviel mehr aber gilt das erst von den außenpolitischen Vorstellungen und Handlungen der amerikanischen Politik. G. A.

London versucht in Paris zu bremsen

Französische Bemühungen, den deutschen Standpunkt zu begreifen

dmt. London, 23. Januar

Aus gut unterrichteten Kreisen Londons verlautet, daß England sich bemüht, das Tempo der französisch-saarländischen Verhandlungen über den Abschluß von vier Saarkonventionen zu bremsen. Eine Unterredung des französischen Botschafters in London, die am Wochenende im englischen Außenministerium staattfand, galt der vermittelnden Einwirkung Londons in dieser Hinsicht, um die Tür für ein Gesuch zur Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat offenzuhalten.

Die Saarfrage beschäftigt z. Zt. in hohem Maße die französische Oeffentlichkeit. In einer Stellungnahme des Quai d'Orsay heißt es: Man müßte, um die in Aussicht genommenen französisch-saarländischen Verhandlungen beurteilen zu können, doch zumindest ihren genauen Text kennen. Die im Zusammenhang damit entstandene Agitation sei also zumindest verfrüht. Die französische Regierung werde allerdings nicht zugeben, daß dieses Statut selber in Frage gestellt wird. Wenn es auch übertrieben wäre, bereits von einem Einlenken Frankreichs in der Saarfrage zu sprechen, so deuten doch gewisse Anzeichen darauf hin, daß man sich an verantwortlicher Stelle auch um ein Begreifen des deutschen Standpunktes bemüht.

Die jetzt von der Saar-Regierung bekanntgegebenen drakonischen Maßnahmen haben allem Anschein nach nicht überall Billigung gefunden. Auch der französische Oberkommissar Grandval soll sich gegen die von Ministerpräsident Hoffmann angekündigten Maßnahmen ausgesprochen haben. Im Leitartikel des „Populaire" wendet sich auch Salomon Grumbach deutlich gegen die angekündigten Polizei-Maßnahmen, die — wie er erklärt — die Freiheit der öffentlichen Meinung Methoden unterwerfen, wie sie in den sogenannten Volksdemokratien üblich sind.

Vermittelt McCloy?

Sonderdienst

rs. Paris, 23. Januar

Der Aufenthalt des Hohen amerikanischen Kommissars McCloy, der auf der Durchreise nach den USA kurze Zeit in Paris weilte, hat starke Beachtung gefunden. Zumal der „Monde" in seinem Leitartikel die Vermutung ausgedrückt hat, daß McCloy in der Saarfrage eine Vermittlungsaktion der USA einleiten könnte.

An unterrichteter französischer Stelle wird hierzu allerdings erklärt, McCloy habe während seines kurzen Aufenthalts in Paris keine Begegnung mit Außenminister Schuman gehabt. McCloy begebe sich regelmäßig jedes Vierteljahr zu persönlichen Rücksprachen nach den Vereinigten Staaten, und auch seine jetzige Reise habe keinen sensationellen Charakter.

Der Artikel der „Monde" enthält im übrigen bemerkenswerte Ausführungen über die Möglichkeiten einer späteren endgültigen Regelung des Saar-Problems zwischen Frankreich und Westdeutschland. Das Blatt schreibt u. a., die von der Bundesregierung vorgeschlagene Internationalisierung der Saar-Bergwerke und die Abhaltung einer mit allen Garantien ausgestatteten Volksabstimmung im Saargebiet seien Lösungen, die man nicht von vornherein zurückweisen sollte. Eine vernünftige Lösung der Saarfrage müsse im europäischen Sinne gesucht werden. Leider sei die Organisation Europas noch nicht so weit gediehen, um eine sofortige Lösung des Problems zu erlauben. Was die etwaige Volksabstimmung im Saargebiet betreffe, so wäre es vielleicht richtig, die Dinge nicht zu überstürzen, sowohl in Deutschland wie im Saargebiet.

Amtliche französische Kreise bezeichneten jedoch am Montag die Haltung Frankreichs in der Saarfrage als unverändert und das Memorandum des Bundesministers Jakob Kaiser über die Eingliederung der Saar als 12. Land in die Bundesrepublik als „absurd".

Saar-Hoffmann gibt sich legal

dp. Saarbrücken, 24. Januar.

Die lebhafte Diskussion in der saarländischen Oeffentlichkeit über die von der Saarregierung dem Landtag vorgelegten Staatsschutzgesetze hält an. Der Vizepräsident des Landtages, Koßmann, erklärte am Montag vor dem Haus auf Anfragen der Bevölkerung, daß die Abgeordneten dem Inhalt der Gesetzentwürfe noch nicht dadurch zugestimmt hätten, daß die Gesetze in erster Lesung angenommen wurden. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Etienne erklärte, daß die SPD den Gesetzen nur zustimmen könne, wenn sichergestellt wird, daß sie sich nur gegen diejenigen richten, die tatsächlich die demokratische Ordnung des Saarlandes bedrohen und durch illegale Tätigkeit Gefahren heraufbeschwören. Ministerpräsident Hoffmann antwortete darauf: „Anders sind die Gesetze auch nicht gemeint."

Washington ist mit Bonn zufrieden

Telegramm unseres Mitarbeiters

hr. Washington, 23. Januar

Amerika betrachtet, wie man unserem Mitarbeiter erklärt, das Bonner Protokoll über die Reparationsliste als endgültig. Die neue deutsche Forderung, den Abbau der Hermann-Göring-Werke und zweier Fabriken zur Herstellung synthetischen Benzins aufzuhalten, stoßen daher auf erheblichen Widerstand. Im großen und ganzen ist das State Department mit der Entwicklung in Bonn sehr zufrieden. Die Amerikaner wollen, daß Deutschland selbständig wird, selbst wenn sie dadurch gelegentlich in eine peinliche Lage kommen. Allerdings besteht auch in Washingtoner Kreisen ein Zweifel darüber, ob Deutschland das nötige Verständnis für die Opfer hat, die die Vereinigten Staaten bringen.

„Saarparlament kann Verfassung ändern"

dmt. Saarbrücken, 23. Januar

In einem Interview mit einer Pariser Zeitung äußerte der französische Oberkommissar im Saargebiet, General Grandval, wenn im Jahre 1952 das saarländische Parlament neu gewählt würde, habe die neue Volksvertretung die Möglichkeit, die Saarverfassung und ihre Präambel zu ändern, wenn die Neuwahlen ein wesentlich anderes Ergebnis haben sollten, als die des Jahres 1947.

Wähler ohne Programm

Von unserem Mitarbeiter

ab. Frankfurt, 22. Januar.

Um den verborgenen Strömungen und Stimmungen in der westdeutschen Bevölkerung auf den Grund zu gehen, ließ die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947" durch das Institut für Demokratie in Allensbach am Bodensee nach den Bundestagswahlen im August eine Umfrage über die politische Situation Westdeutschlands durchführen. In der Art der Gallup-Untersuchungen erfolgte diese Meinungserforschung, deren Ergebnisse soeben bekannt werden, durch eine Befragung von 2000 Personen im Bundesgebiet und in Berlin.

Aus der Fülle der Fragen und Antworten, die nach verschiedenen Gesichtspunkten aufgeschlüsselt wurden, ist von besonderem Interesse die Schlußfolgerung des Instituts, daß fast die Hälfte der Wähler nicht hinter den Parteiprogrammen stehen. Die hohe Wahlbeteiligung von 79 Prozent sei kein Vertrauensvotum für, sondern ein Anruf an die Parteien. 20 Prozent der Wahlberechtigten haben überhaupt nicht gewählt.

Den höchsten Prozentsatz der Nichtwähler machten die für eine politische Aktion so wichtige Gruppe der jüngeren Jahrgänge, bis zu 30 Jahren mit 24 Prozent, und der Mittellosen bis zu 50 DM Monatseinkommen mit 31 Prozent aus. Die Jungen und Gebildeten haben auch den größten Anteil an parteilosen Kandidaten, 9 bzw. 10 Prozent gegenüber einem Durchschnitt von 7 Prozent. 22 Prozent der Wähler stimmten für eine Partei, weil sie sie für das kleinere Uebel hielten 6 Prozent waren indifferent.

Engländer über Rommel

dmt. London, 23. Januar.

„Rommel sollte nun endlich vergessen sein", meinte die englische Massenzeitung „People" in einer Betrachtung der jüngst erschienenen Rommelbiographie. Die in England hörbaren Lobeshymnen auf Rommel würden die Befürworter einer Wiederbewaffnung Deutschlands in Entzücken versetzen. Demgegenüber bezeichnet Rommels alter Gegner Lord Wavell den deutschen Feldmarschall als „feinen Charakter und großen Soldaten". Nur selten habe es in der Welt ein solches militärisches Genie gegeben.

Wirtschaft

Jeder zweite Tag für den Staat

Unter den Reden, die im Bundestag gehalten wurden, heben sich die Angaben des Bundesfinanzministers Dr. Schäffer durch ihre prägnante Kennzeichnung unserer steuerpolitischen Situation besonders hervor. Der Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Volkseinkommen hat heute eine Höhe von 43 % erreicht, er beträgt damit das viefache des Jahres 1913, 25 % mehr als der des Jahres 1936. Das bedeutet, daß das deutsche Volk durchschnittlich jeden zweiten Tag nur dafür arbeitet, um seinen Verdienst in irgendeiner Form an den Staat abzuführen. Selbstverständlich, so führte Dr. Schäffer aus, kommt ein großer Teil dieser Gelder dem Volk unmittelbar wieder zugute in Form von Sozialleistungen. Dr. Schäffer berichtete im gleichen Referat über den Haushalt des Jahres 1949/50. Die Ausgaben der Länder und des Bundes für Besatzungskosten und reine Soziallasten werden im laufenden Wirtschaftsjahr auf rund 9,1 Milliarden DM gegenüber 7,7 Milliarden DM im Vorjahr steigen. Für Straßen-, Brückenbau, Investitionen, Schuldendienst sind 8 Milliarden DM gegenüber 7,7 Milliarden DM im Vorjahr vorgesehen. Dr. Schäffer brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß ein Teil dieser Summen für Verwaltungszwecke abgeteilt werden müsse. Wir sind heute nach zwei verlorenen Weltkriegen finanziell vollkommen in die Abhängigkeit des Staates gelangt — der wiederum materiell vom Ausland abhängig ist. bl.

200 Jahre Arnold Böninger, Duisburg

Am 24. Januar besteht die Firma Arnold Böninger in Duisburg 200 Jahre. Das erste Kundenhauptbuch und damit der Anfang einer modernen Geschäftsführung datiert aus dem Jahre 1750. Das Firmenjubiläum dieser bedeutenden Tabakfabrik verdient um so mehr Beachtung, als in dem Unternehmen bis auf den heutigen Tag Nachkommen und Namensträger des ersten Geschäftsinhabers als geschäftsführende Teilhaber tätig sind. Die Firma ist ein Familienunternehmen, das in der fünften und sechsten Generation sich vom Vater auf den Sohn vererbt hat, ein in der Wirtschaftsgeschichte seltenes Ereignis. Bereits in der zweiten Hälfte des 18ten Jahrhunderts hatte das Unternehmen unter der Leitung des Gründers eine erste Blütezeit. Die Marke des Hauses war von Anfang an der „A. B. Reiter", die fast ein Jahrhundert den westdeutschen Markt beherrschte. Sie ist damit eine der ältesten deutschen Fabrikmarken überhaupt. Der derzeitige Seniorchef Dr. Böninger erlitt zweimal das gleiche Schicksal wie seine Vorfahren. Nach jedem der beiden Weltkriege kam die Fabrik mangels Rohtabak zum Stillstand, jedesmal mußte von vorne angefangen werden. Der letzte Krieg hat überdies der Duisburger Fabrikanlage so schwere Schäden gebracht, daß die Fabrikation nach Vloto an der Weser verlegt werden mußte. Inzwischen wurde die Fabrik wieder vollständig aufgebaut. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung sind meist behoben. Im Duisburger Lager befindet sich ein Bestand an Tabaken aus aller Welt, der für viele Monate ausreicht. Die Firma Arnold Böninger beschäftigt insgesamt wieder rund 750 Angestellte.

Familien-Anzeigen

an bevorzugter Stelle
finden stärkste Beachtung im

Allgemeinen Anzeiger
Nachrichten für das märkische Sauerland.

In 50jähriger Tradition ist der Allgemeine Anzeiger die Heimatzeitung aller Schichten geworden.

Wie Urgroßeltern, Großeltern und Eltern ein Leben lang in Freud und Leid Familienereignisse ihren Bekannten durch den Allgemeinen Anzeiger mitteilten, so soll es auch in Zukunft sein.

Darum die Familien-Anzeige in den Allgemeinen Anzeiger.

Familien-Anzeigen werden bis morgens 8 Uhr angenommen und noch am gleichen Tage veröffentlicht.

Lichtspiele Karlshöhe

Wie immer
Mittwoch u. Donnerstag
jetzt 17 und 20 Uhr
Die Große Sonderveranstaltung
Tragödie einer großen Liebe
Familien-Vorstellung
um 17 Uhr
Jugend halbe Preise.

Nachbarschaft Neuenhaus

Sonntag, den 5. Februar
17 Uhr
General-Versammlung.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.



Bezugsnachweis: Brandt & Co., Hannover, Birkenstraße 17

2 Radio-Apparate, neu
(Saba und Loewe)
Sieben-Kreiser (8 Röhr.) bzw. Sechs Kreiser (7 Röhren) unt. günstig. Beding. preisw. z. verk. Angeb. unt. Nr. 173 an d. Allgemeinen Anzeiger.

Presto-Jahres-Lohnsteuertabelle
für den Lohnsteuer-Jahresausgleich 1949
Preis 0,60 DM

Einkommensteuer-Jahrestabelle
nach dem Stande vom 1. Oktober 1949
Preis 1,50 DM

WILH. BELL jr. HALVER